

zungssysteme, die zudem über Vernetzungen unterschiedlich betroffene und beteiligte Akteure einbinden können, haben hier Vorteile der Synergie-Effekte, der Anpassungsflexibilität und der Motivation. Aber Regionalisierung hat auch Rückwirkungen auf die gesellschaftliche Steuerung und verändert sie – gewollt oder ungewollt (vgl. Benz u. a. 1999, S. 133ff.).

Literatur

- Benz, A./Fürst, D./Kilper, H./Rehfeld, D. (1999): Regionalisierung. Theorie, Praxis, Perspektiven. Opladen
- Castells, M. (1996): The rise of the network society. Malden/MA
- Castells, M. (1999): Grassrooting the space of flows. In: Urban Geography S. 294-302
- Ellwein, Th./Mittelstraß, J. (Hrsg.) (1996): Regionen, Regionalismus, Regionalentwicklung. Oldenburg
- Fürst, D. (1995): Region/Regionalismus. In: Nohlen, D./Schultze, R.-O. (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 1: Politische Theorien. München, S. 539-543
- Fürst, D. (1996): Zur Entwicklung des modernen Regionalbegriffs – die räumliche Komponente. In: Ellwein/Mittelstraß, a. a. O., S. 39-53
- Fürst, D. (1999): Regionalisierung – die Aufwertung der regionalen Steuerungsebene? In: ARL (Hrsg.): Grundriß der Landes- und Regionalplanung. Hannover, S. 351-363
- Fürst, D. (2001): Die „learning region“ – Strategisches Konzept oder Artefakt? In: Eckey, H.-F. u. a. (Hrsg.): Ordnungspolitik als konstruktive Antwort auf wirtschaftspolitische Herausforderungen. Stuttgart, S. 71-90
- Läpple, D. (1991): Essay über den Raum. Für ein gesellschaftswissenschaftliches Raumkonzept. In: Häußermann, H. u. a. (Hrsg.): Stadt und Raum. Soziologische Annäherungen. Pfaffenweiler, S. 156-207
- Morgan, B./Brooksbank, D./Connolly, M. (2000): The role of networking in the new political economy of regional development. In: European Regional Studies, H. 8, S. 319-336
- Störmer, E. (2001): Ökologieorientierte Unternehmensnetzwerke. Regionale umweltinformationsorientierte Unternehmensnetzwerke als Ansatz für eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. München
- Wellman, B. (2001): Physical place and cyberplace: The rise of personalized networking. In: International Journal of Urban and Regional Research, H. 25, S. 226-252

Abstract:

Why have we lately seen a renaissance of the concept of „region“ in the social sciences? The author explores changing perspectives on this concept against a background of technical and social development. While the electronic media allow networking as a form of cooperation that is motivated by functional aspects and exceeds regional boundaries, cooperation within the physical boundaries of a region is facilitated by ease of personal contacts, shared facilities and common institutions. Both tendencies will work together in a process of regionalisation towards decentralised, semi-autonomous governance systems.

Zur Konjunktur der „Region“

Eine historische Betrachtung

Rolf Derenbach

Wie entwickelten sich regionale Milieus seit der Neuzeit? Welche Konsequenzen hatte diese Entwicklung vor allem für die ökonomische Basis der Regionen in der Gegenwart? Wie erfolgreich ist das Zusammenspiel exogener und endogener Landes- und Regionalentwicklung? Rolf Derenbach entfaltet die historische Entwicklung regionaler Milieus bis in die Gegenwart. Dabei setzt er seine Akzente auf das Zusammenspiel exogener und endogener Strategien und das Konzept der „lernenden Region“.

Wann und weshalb hat das Thema „Region“ Konjunktur? Diese Frage zu beantworten bedeutet, auf ganz unterschiedliche Sachverhalte einzugehen. Zunächst auf die sozial-räumliche Differenzierung eines Landes in regionale Milieus, d. h. in Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaften von überörtlicher Größe. Sie weisen als Folge ihrer historischen Entwicklung eine spezifische gebietswirtschaftliche Entwicklungsdynamik (Chancen und Problemlagen als strukturstarke oder strukturschwache

Region) auf. Sie bilden – neben den lokalen Gebietskörperschaften – in ihrer Gesamtheit die räumlichen Bausteine eines Staates (oder einer Staatengemeinschaft). Ihre Stellung im nationalen Politik- und Verwaltungsaufbau kann durch institutionelle Verfasstheit als Gebietskörperschaft mit Selbstverwaltung geprägt sein. Sie sind Handlungsraum sowohl der eigenverantworteten wie der zentralstaatlichen Landesentwicklung entweder als Ganzes (Raumordnung, Landes- und Regionalplanung) oder in einzelnen Bereichen wie der Förderung der Arbeitsplätze, der Wirtschaft und der Bildung (regionalisierte Fachpolitiken).

Bedeutung der regionalen Dimension für die Entwicklung und für Entwicklungsstrategien

Ohne Zweifel ist die Entwicklung eines Staates dann begünstigt, wenn alle seine Regionen strukturstarke, d. h. auf der Grundlage eines gewachsenen regionalen Bestands von Ressourcen (Humankapital, Realkapital und öffentliche Infrastruktur) in der Lage sind, eigenaktiv ihre Zukunft zu gestalten, sich in überregionale Wirtschaftskreisläufe einzugliedern und sich

Dr. Rolf Derenbach ist Referent im Dezernat II des Deutschen Landkreistages, Berlin.

an der Umsetzung von Innovationen und Modernisierungsstrategien zu beteiligen. Wie sehr ein starkes Regionalgefälle selbst die Existenz der staatlichen Gemeinschaft gefährden kann, zeigt Italien mit seiner extremen Spaltung in einen reichen Norden und einen trotz aller Bemühungen nationaler Landesentwicklung unterentwickelten Süden. Auch Flächenländer wie Spanien und Frankreich haben in der Folge der Konzentration aller wirtschaftlichen Kräfte auf wenige Gebiete ein Regionalproblem, das hohe Kosten verursacht und den Wirtschaftskreislauf empfindlich stört. Dagegen ist Deutschland auf Grund seiner historisch bedingten dezentralen Bevölkerungsverteilung begünstigt, weil in jeder Region eine für die Entwicklungsfähigkeit kritische Schwelle nicht unterschritten wird.

Es lohnt sich somit, die regionale Dimension nicht nur aus Gründen der inneren Solidarität und der Wahrung des räumlichen Zusammenhalts, sondern auch als Ansatzpunkt für den Erfolg von Entwicklungs- und Modernisierungsstrategien einzubeziehen. Dies schließt nicht aus, dass die Stellung der Regionen für die Entwicklung im Strukturwandel sehr unterschiedlich ist. In diesem Sinne kann man von Konjunkturen des regionalen Faktors in ihrer eigenen Entwicklung und der der Gesamtgesellschaft sprechen. Dies wird m. E. besonders durch die historische Betrachtung deutlich.

Das Entstehen von unterschiedlichen regionalen Milieus in der ersten Industrialisierungswelle

Vor dem Beginn der europäischen Neuzeit bestanden keine Regionen, denn im gesamten Mittelalter lebten die Europäer in engsten räumlichen Verhältnissen, in einem Patchwork von kleinen Nachbarschaften, umgeben von einer Natur aus Wäldern und Ödflächen, die das gefährliche und bedrohliche Außen seiner unmittelbaren, räumlich eng begrenzten Lebenswelt darstellten. Sich aus dieser Welt zu entfernen war für die meisten Menschen unmöglich, weil Freizügigkeit obrigkeitlich untersagt war, und auch für diejenigen Stände, die nicht diesem gesellschaftlichen Zwang unterworfen waren, waren Reisen und Fernhandel extrem teuer, sehr gefährlich und somit nur dann zu rechtfertigen, wenn sich daraus ein großer Nutzen ergab. Regionen (überregionale geographische Milieus) konnte es in dieser Zeit somit nicht geben, denn es fehlten die politischen und materiellen Voraussetzungen einer überörtlichen Verflechtung, und damit war die Konstituierung einer überörtlichen Lebenswelt unmöglich. Erst mit der Neuzeit, d. h. mit der Aufklärung und den entstehenden Industriegesellschaften änderte sich diese Ausgangslage. Dabei überlagern sich verschiedene Modernisierungsstränge:

Es bildeten sich die modernen Staaten heraus, die innere Sicherheit und einheitliche Normen und durch Abschaffung der feudalen Wirtschaftshindernisse die ordnungsrechtlichen Voraussetzungen für großräumige Wirtschaftsbeziehungen schufen. In diesem Rahmen und hervorgerufen durch die explosionsartige Zunahme der naturwissenschaftlichen Kenntnisse entstand die erste europäische Industrialisierungswelle, die den Kontinent in kurzer Zeit in einen offenen, dynamischen Wirtschaftsraum umwandelte, wobei neben der Nutzung des

Wissens in Technologie und Produktion der Ausbau des Transportwesens entscheidend war.

Dieser Prozess war jedoch räumlich extrem selektiv. Es war dies die große Zeit der aus standörtlichen Verhältnissen heraus wachsenden Eigenentwicklung (des Wirtschaftsbürgertums), die sich aber ausschließlich auf die begünstigten Regionen (Lagerstätten, Anbindung an die überörtliche Verkehrsinfrastruktur, Verwaltungs- und Wissenschaftszentren) konzentrierte. Unter diesen Bedingungen einer extrem dualistischen räumlichen Verteilung des Wachstums (und der dadurch bedingten Umverteilung der Bevölkerung) entstanden eine – bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts beständige – Wirtschaftslandschaft mit ihren ausgeprägten geographischen Milieus, den Schwerindustrieregionen, den räumlichen Konzentrationen des Real-, Geld- und Humankapitals auf Städteagglomerationen einerseits und die in traditionellen Verhältnissen verharrenden ländlichen Regionen und vernachlässigten Grenzregionen andererseits.

In dieser Zeit entstand auch eine entwicklungsbezogene Raumwissenschaft: die Landeskunde als Beschreibung der regionalen Potenziale und Lagerstätten, die Standorttheorie für die landwirtschaftliche Produktion, die Industriestandortlehre, die Theorien der räumlichen Märkte und der Siedlungsentwicklung.

Es entstanden auch erste Formen staatlich verantworteter Landesentwicklung, jedoch nur in sehr beschränkter Form. Der Staat hatte zwar die ordnungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entfesselung der Wirtschaftskräfte hergestellt, andere Modernisierungsprojekte unterblieben jedoch, weil sie nicht in die Interessenlage der damaligen Obrigkeit passten, so vor allem die endgültige Auflösung der in Stände versäulten Sozialstruktur mit ungerechten Privilegien und die Förderung eines breiten Bildungswesens. Ebenso wenig wurde eine vertikale Gewaltenteilung mit wirklichen Selbstverwaltungsrechten ermöglicht.

Die Politiken des räumlichen Ausgleichs der Nachkriegszeit

Das Erbe der ersten Industrialisierungswelle war somit eine äußerst heterogene Wirtschaftslandschaft mit dementsprechend ungleichen Verteilungen der räumlichen Wachstumschancen. In den westeuropäischen Staaten ist diese überkommene Raumstruktur zunächst im Wiederaufbau und danach im stetigen Wirtschaftswachstum grundlegend verändert worden, in diesem Sinne kann man die Nachkriegszeit als zweite Industrialisierungswelle bezeichnen.

In viel stärkerem Maß als in der ersten Industrialisierungswelle ist diese Entwicklungsepoche durch das Prinzip der sozialen und räumlichen Chancengleichheit, durch den eigenen Beitrag des Staates zum Ausgleich von sozialen und räumlichen Benachteiligungen und durch die Auswirkungen des Selbstverantwortungs- und -verwaltungsprinzips, schließlich durch die Öffnung der nationalstaatlichen Grenzen in der europäischen Integration bestimmt worden.

Im Ergebnis waren Wiederaufbau und Modernisierung auf mehrere Akteure verteilt: auf die privaten Unternehmen und auf die Gebietskörperschaften, d. h. auf den Bund, der die Mittel für die Gemeinschaftsaufgaben bereitstellte, die Länder und die Kommunen mit den Leistungen der Wirtschaftsförderung, der

standörtlichen Optimierung und des Ausbaus der Infrastrukturen.

Auf dieser Grundlage ist in den alten Bundesländern eine Homogenisierung der geographischen Milieus auf hohem Niveau mit gewerblicher und tertiärer Wirtschaftsverfassung und damit eine gute Voraussetzung für eine dauerhafte Entwicklung entstanden. Auch für die in der ersten Industrialisierungswelle vernachlässigten ländlichen Gebiete und Grenzregionen sind gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen worden, Gleiches gilt für den Strukturwandel in den alten Industriegebieten.

Die Regionalwissenschaft hat dazu durch wesentlich exaktere Landesbeschreibungen, durch Beschreibung der Stärken und Schwächen der geographischen Milieus, durch Modelle standörtlicher und regionalwirtschaftlicher Zielgrößen wichtige Voraussetzungen geschaffen. (Was sie aber bisher nicht geleistet hat, ist die empirische Durchleuchtung geographischer Milieus in ihrer inneren und äußeren Verflechtung und der Anforderungen an regionalwirtschaftliche Modernisierung vor dem Hintergrund offener Grenzen im europäischen Gemeinschaftsgebiet).

Von der exogenen zur endogenen Landes- und Regionalentwicklung und die Rolle der Bildung

Landes- und Regionalentwicklung war in den Nachkriegsjahrzehnten durch die Aufgabe geprägt, die negativen Auswirkungen der ersten Industrialisierung zu bereinigen. Das wichtigste und erfolgsversprechendste Mittel dafür war die Verlagerung von gewerblichen Arbeitsplätzen von den kapitalstarken, sich tertiarisierenden Agglomerationen in die strukturschwachen Regionen. Damit konnten der Einstieg in überregionale Gütermärkte und als Folge eines gebietswirtschaftlich höheren Ertrags das Entstehen weiterer Wachstumsringe ausgelöst werden. Unter den Bedingungen des Wiederaufbaus in Europa war dies eine richtige Strategie, ihr Erfolg war – gemessen an der Entwicklung der strukturschwachen Regionen – augenschein-

lich. Man nennt diesen Ansatz „exogene Strategie“, weil sie auf Zuwanderung von Wirtschaftskraft von außen beruht. Ihr dauerhafter Erfolg ist aber nur dann gewährleistet, wenn der zugewanderte Sockel von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen durch qualitative Entwicklungsstrategien ausgereift wird, die im Wesentlichen von den Akteuren vor Ort (und daher als „endogen“ bezeichnet) umgesetzt werden müssen. Hinzu kommt: Je weniger Arbeitsplätze mobil sind (wie es heute der Fall ist), umso mehr wird diese endogene Strategie zur wichtigsten Option. Sie setzt Eigeninitiative und innere Integration der für die wirtschaftliche Entwicklung zuständigen Akteure voraus, in der Folge entsteht eine Re-Regionalisierung der Landesentwicklung. In diesem Zusammenhang erhält das Konzept der „lernenden Region“ seine entwicklungsorientierte Dimension. Es beruht darauf, dass jede Region die Aufgabe besonders wichtig nimmt, die innere Vernetzung der Wirtschaft zu optimieren, aus ihrem Bestand heraus neue Wirtschaftskräfte zu mobilisieren und im Außenverhältnis die für ihre Zukunftsfähigkeit wichtigen Daten und Fakten zu ermitteln. Dieses sind Anforderungen, die ein geographisches Milieu auf jeden Fall erfüllen muss.

Der Erfolg neuer Formen der Eigenentwicklung ist im Wesentlichen von Qualifizierung und damit von der Leistungsfähigkeit des regionalen Bildungswesens abhängig. Die räumliche Ausgleichspolitik der Bundesrepublik hat auch in diesem Bereich durch die Bildungsreform in den 1960er und 1970er Jahren, durch die Modernisierung der beruflichen Erstausbildung, durch die Dezentralisierung der Hochschullandschaft und durch den Ausbau der Weiterbildung gute Voraussetzungen geschaffen.

Der Begriff „lernende Region“ ist somit mehrdimensional: Er umfasst die Fähigkeit zur Selbstorganisation und -entwicklung, beruht darauf, dass in einem Europa der offenen Grenzen Informationen immer wichtiger werden, und geht davon aus, dass sich in der regionalwirtschaftlichen Entwicklung Innovations- und Qualifikationsprozesse gegenseitig bedingen und daher eine enge Kooperation zwischen Regionalwirtschaft und regionalem Bildungswesen erforderlich ist.

Abstract:

Since the formation of regional entities in the modern age, the concept of „region“ has been interpreted in different ways. While in the after-war years attempts at strengthening structurally weak regions by attracting industry from without (the „exogenous“ strategy) were successful, nowadays the „endogenous“ strategy is becoming relevant, which builds on efforts from within the region. The author maintains that the success of „learning“ regions will depend on the efficiency of the regions' educational system and speaks in favour of a tight cooperation between a region's economy and its educational facilities.